

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1922

98 (27.4.1922)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Durlach.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertage ausgenommen.
Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich
monatlich 10 Mt., Postbezug monatlich 10 Mt. 50 Pfg., Einzelnummer
und Belegblatt 50 Pfg.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Düps, Durlach, Mittelstraße 6
Fernsprecher 204.



Die einseitige Preizelle oder deren Raum 1 Mt., Reklamezeile
4 Mt. 50 Pfg. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nach-
mittags 4 Uhr, für dringliche Familien-Anzeigen am Erscheinungstag
1/2 Uhr vormittags. Kleine Anzeigen sind sofort zu bezahlen. Für
Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr über-
nommen werden. Im Fall höherer Gewalt hat der Bezahler keine
Ansprüche bei verspäteter oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 98

Donnerstag den 27. April 1922.

93. Jahrgang.

Zur Konferenz von Genua.

Offizielle Ansäffungen zur Rede Poincarés. — Das „gute
Recht“ Frankreichs.

Paris, 26. April.

Die verbreitetste Zeitung in Paris, der „Petit Parisien“,
das Blatt, das häufig zwischen Regierung und öffentlicher
Meinung als Vermittler dient, veröffentlicht heute einen
ansprechend offiziös inspirierten Artikel unter der Überschrift:
„Der Beschluß — 11. Mai! Was hat Poincaré sagen
wollen?“ Zunächst wird darin nachgewiesen, daß
jede in der Reparationskommission vertretene Macht das
Recht im Anspruch nehmen könne, welches ihm zur Wahrung
seiner Interessen erforderlich scheint und sich herleitet aus
den §§ 17 und 18 des Anhangs II, Abschnitt VIII des Ver-
trags von Versailles. Das Blatt fährt dann fort:

Bei dieser Gelegenheit sind wir zu der Erklärung er-
mächtigt, daß die französische Regierung, die entschlossen ist,
ihr volles Recht wahrzunehmen, jetzt auch nicht die Absicht
hat, ihre Grenzen zu überschreiten. Die Entschlüsse der
französischen Regierung leiten sich von denen der Re-
parationskommission her, wie diese sie auf die Erklärungen
der deutschen Regierung in der Zeit bis zum 31. Mai gefaßt
habe. Es ist bekannt, daß die Reichsregierung am 15. April
die vorgeschriebene Zahlung von 18 Goldmilliarden geleistet
hat. Am 15. Mai soll sie weitere 50 Millionen zahlen und es
scheint, daß sie gewillt ist, dieser Forderung nachzukommen.
Aber außerdem muß sie vor dem 31. Mai die von der Re-
parationskommission verlangten Maßnahmen hinsichtlich der
Garantien und der Finanzkontrolle erfüllen. Was wenig-
stens die Frage der Garantien betrifft, so scheint es, daß die
deutsche Regierung einen solchen Versuch gemacht hat. Wir
glauben in der Tat zu wissen, daß die Reparationskom-
mission ein neues Steuerprogramm vorgelegt wird, aber ob
es genügt, kann noch nicht gesagt werden und ob die Reichs-
regierung auch gewillt ist oder sich weigert, sich der Kontrolle
zu unterwerfen, ist ebenso ungewiß. Wenn Deutschland
aber hartnäckig gegenüber den Forderungen der Re-
parationskommission bleibt, so ist es klar, daß Poincaré — und
wir sind sicher seine eigenen Gedanken hiermit wiederzu-
geben, — eine Aktion Frankreichs ins Auge faßt wenn er
erklärt, daß Frankreich allein das Recht haben würde, zu
handeln. Er hat zu großen Vertrauen in den guten Willen
der Verbündeten und besonders auf die Royalität Englands
und seiner Regierung um zu glauben, daß er sein gutes
Recht nun auch werde erkämpfen müssen. Wenn ein Teil
der ausländischen Presse glaubt, daß Poincaré den Wunsch
habe, allein zu handeln, so verkenne sie offenbar die Absicht
der französischen Regierung vollkommen.

Vorbereitung einer scharfen Protestnote gegen Rußland.

Genua, 27. April.

Die Alliierten bereiten eine scharfe Protestnote gegen
Rußland vor. Der Stand der Verhandlungen der Russen
mit den Alliierten läßt sich heute etwa dahin feststellen. Ge-
neral haben zwischen den Alliierten Experten sehr langwie-
rige Besprechungen stattgefunden, die dazu geführt haben,
eine Anzahl von Fragen aufzuheben, die den Russen vor-
gelegt werden sollen, und zwar:

1. Erkennt Rußland die Kriegsschulden an und wie
denkt es sich die definitive Bezahlung?
2. Erkennt Rußland die Kriegsschulden prinzipiell an?
3. In welcher präzisen Weise gebent die russische Re-
gierung die durch die russische Revolution Geschädigten
schadlos zu halten?

Paris, 27. April.

Aus Genua wird gemeldet, daß die Alliierten beschlos-
sen haben:

1. Der Text eines Ultimatus an Rußland ist gestern
abend aufgestellt worden. Die Alliierten verhandeln heute
über diesen Text, der heute abend oder morgen angekün-
digt wird. Die Russen werden 48 Stunden Zeit haben, um
ihre Antwort auf die politischen Dinge abzugeben.
2. Im Laufe des gestrigen Tages fanden offizielle Be-
sprechungen statt, an denen je ein Abgeordneter der Alliierten
teilnahm. Man verhandelt über finanzielle Maßnahmen
und die Gründung eines Finanzkonferenzen, dessen
Kapitalien teils von Privat, teils von verschiedenen Staaten
zu liefern seien. Wenn man soweit ist, werden auch die
Russen zur Teilnahme an diesem Konförium eingeladen
werden, was aber von Garantien abhängig ist. Jede an-
dere Lösung kommt nicht in Frage. Der deutsche Abge-
ordnete Bergmann ist eingeladen worden, an diesen Be-
sprechungen, die keinen offiziellen, sondern nur offiziellen
Charakter haben, teilzunehmen. Das Konförium wird
die Vollmacht erhalten, je nach Belieben für den Wiederauf-
bau Rußlands tätig zu sein.

Der Angriffsbewehrungsplan Lloyd Georges.

Genua, 27. April.

In Delegiertenkreisen wird der Angriffsbewehrungsplan
Lloyd Georges besprochen, nachdem die Genuaer Konferenz
beschlossen hat, daß die Alliierten in Zukunft nicht
mehr angreifen dürfen. Lloyd George hat vor einigen
Tagen den Plan Schanzer mitgeteilt; seitens der italie-
nischen Delegation wurde der Senator Scialoja beauftragt,
den Plan zu studieren. In wenigen Tagen wird Lloyd
George den Vorschlag in endgültiger Form der Konferenz
zur Diskussion unterbreiten. Nach dem Plan Lloyd Georges
sollen die Nationen folgende Verpflichtungen eingehen:

1. Jede vertragschließende Partei verpflichtet sich, keinen
Angriff gegen die territoriale Integrität der anderen Par-
tei zu unternehmen;
2. Im Falle eines Angriffes seitens anderer Parteien soll
mit allen Mitteln daran gearbeitet werden, die Lösung der
Streitigkeiten auf friedlichem Weg herbeizuführen.

Kein Zurückweichen der deutschen Regierung.

Genua, 27. April.

Der Sonderberichterstatter der rechtsgerichteten „Com-
mencer Nachrichten“ hat im Anschluß an die Rede des
Reichszanzlers mit diesem eine Unterredung gehabt.

Der Sonderberichterstatter sagte u. a.: Ich glaube im
Sinne des ganzen deutschen Volkes zu sprechen, wenn ich
zum Ausdruck bringe, daß Sie hier in Genua Worte ge-
sprochen haben, auf die wir alle so lange warteten. Ihre
Versicherung: „Ziel der deutschen Regierung ist die Wieder-
gewinnung der nationalen Freiheit“, hat den Klang einer
glücklichen Verheißung.

Der Reichszanzler erwiderte: Es ist mir eine besondere
Freude, wenn meine Geauer mit mir zufrieden sind. Ich
habe die Hoffnung, daß uns die Herren von der Presse,
ohne Unterschied der Partei, zur Seite stehen werden.

Der Reichszanzler, das glaube ich versichern zu können,
das ganze deutsche Volk, von den Kommunisten bis zu den
Deutschnationalen, wird geschlossen hinter der Regierung
stehen, wenn sie fest bleibt, wenn sie von dem hier in Ge-
nuo nun einmal abgeschlossenen Vertrag mit Rußland auch
unter feindlichem Druck nicht zurückweicht.

Dieses Versprechen kann ich Ihnen geben, sagte der
Reichszanzler, wir werden auf keinen Fall zurückweichen.

Genua, 26. April. Tschitscherin hat gestern im
Namen der russischen Delegation eine sehr heftige Rede
an Polen gehalten. Die Rede macht Polen darauf auf-
merksam, daß zwischen Polen und Rußland ein regel-
rechter Friedensvertrag besteht, der Polen auf die
de Jure-Anerkennung der Sowjetregierung verpflichtet.
Der Rigaer Vertrag verbinde Polen gegenüber Rußland
mit mehreren Bestimmungen wirtschaftlichen und politi-
schen Charakters. Diese Bestimmungen seien dazu ge-
eignet, Polen aus den Verhandlungen mit den Westmäch-
ten auszuschließen. Tschitscherin fordert von Polen die
Respektierung des Rigaer Friedensvertrages und daß es
an den Verhandlungen der politischen Kommission über
die russische Frage nicht mehr teilnimmt.

Genua, 27. April. Die Polen haben bereits gestern
vormittags die Antwort auf die Note der Russen erteilt.
In der Note sagt die polnische Delegation, sie habe nie-
mals die Sowjetregierung ohne Vorbehalt anerkannt.
Der Vertrag von Riga vom 30. März sei lediglich ein
Protokoll zum Austausch der Auffassungen, sei aber kein
eigentlicher Vertrag.

Deutschland.

Berlin, 26. April. Sowohl von Seiten der J. A. K.
als auch von der Botschafterkonferenz sind an die deutsche
Regierung schon vor einigen Tagen Noten versandt wor-
den, die sich mit dem Petersdorfer Zwischenfall befassen.
Die deutsche Regierung hat auf diese Note mitteilen
lassen, daß auch sie eine baldige Sühne wünsche, und daß
sie Ermittlungen angestellt habe, um die ihr namhaften
Personen festnehmen zu können. Diese Ermittlungen
haben bisher noch kein Ergebnis gehabt, werden aber
fortgesetzt.

Stuttgart, 26. April. Der Reichsminister des In-
nern Dr. Köpfer, der zur Zeit zum Besuch der württem-
bergischen Regierung hier weilte, hielt auf Veranlassung
des Deutschen Auslandsinstituts einen Vortrag über
das Deutschland und die Heimat. Dr. Köpfer erklärte
gegenüber dem zum großen Teil abnehmenden Stand-
punkt der Auslandsdeutschen zum neuen Staat, daß
diese Kritik nicht zu ernst genommen werden dürfe, da
beim Auslandsdeutschtum schon vor dem Kriege ein
scharfer kritischer Ton gegenüber den Zuständen in der
Heimat geherrscht habe. Das mangelnde Verständnis
der Auslandsdeutschen für unsere Verhältnisse sei zum
größten Teil darauf zurückzuführen, daß sie das große
Uebel besonders vom Winter 1918/19 nicht am eigenen
Leib verspürten. Im Interesse des Friedens und der
Heimat sollten gewisse Kreise der Auslandsdeutschen sich
in ihrer publizistischen Tätigkeit größere Reserve auf-
legen. Der Redner schloß mit der Behauptung, daß auch
das deutsche Volk noch das wahre Volksbewußtsein habe
und damit eine Einheitsfront zwischen Auslandsdeutschtum
und Heimat geschaffen werde.

Ausland.

Paris, 26. April. In ganz Paris werden Plakate
der Royalisten verbreitet, die zu einer großen Kund-
gebung am Freitag abend auffordern und auf der die Ab-
geordneten Daubet und Lacou-Grand Maion, außer-
dem Baillys und der Präsident der Liga, Kefins, spre-
chen werden. Die Plakate stellen das Ungeheuerlichste
dar, was in diesen Tagen der Verheerung in Paris ge-
leistet worden ist. Sie fordern das „Recht“ Frankreichs,
sogleich weiter in Deutschland einzumarschieren, die Städte
zu besetzen und selbst von den Werten Besitz zu ergreifen,
die zur Bezahlung der Reparationen notwendig sind.
Wenn wir jetzt nicht sofort marschieren werden, wird es
Deutschland unverzüglich tun. (11) Darum Republikaner,
Royalisten und alle Vaterlandsfreunde, auf, sofort!

Im Zusammenhang damit sei erwähnt, daß in einer
Hauptverkehrsstraße ein Plakat angebracht worden ist,
das folgenden Wortlaut hat:

„Wir mögen ihnen Gutes tun, soviel und was wir
immer wollen, die Oesterreicher sind und bleiben immer

„Boches“. Wenn man ihnen Millionen und Milliarden
leibt, so werden sie es immer den Deutschen zur Verfü-
gung stellen.“

London, 26. April. Die „Times“ meldet aus New-
York: Von amerikanischen Bankiers wurde erklärt, daß
unter geeigneten Bedingungen ein beträchtlicher Teil der
deutschen Obligationen in Amerika untergebracht wer-
den könnte.

Badischer Landtag.

Eisenbahnerrecht und Justizreform.

Karlsruhe, 26. April. In Beginn der Mittwochvormit-
tagssitzung wurde zunächst der von den Kommunisten und
Unabhängigen unterzeichnete Antrag über die Maßrege-
lung der Eisenbahner behandelt. Der Antrag hatte folgen-
den Wortlaut: „Der Landtag wolle beschließen, das Staats-
ministerium zu beauftragen, bei der Reichsregierung Pro-
test gegen die Maßnahmen der Eisenbahner einzulegen
und die Einstellung derselben zu fordern“. Der vom Rechts-
pflegeausschuß bestellte Berichterstatter Abg. Dr. Kullmann
(Soz.) hielt namens des Ausschusses den Antrag, dem An-
trag der Kommunisten und Unabhängigen die Genehmigung
zu verweigern.

In fast zweistündigen Ausführungen begründete Abg.
Vod (Komm.) diesen Antrag. Der Redner betonte dabei,
man sei in Deutschland gegen sehr hohe Beamte, die sich
etwas haben zu Schulden kommen lassen, derart tolerant,
daß man auch gegen die betr. Eisenbahner die gleiche To-
leranz üben könne. Scharf wandte sich der Redner gegen die
Tätigkeit der Technischen Rosthilfe, die er als ein „ruchloses
Verbrechen“ bezeichnete, wofür er vom Präsidenten zur Ord-
nung gerufen wurde. Die Technische Rosthilfe sei nur ein
Verzeug im Klassenkampf gegen die Arbeiter und müsse mit
den Streikbrechern auf die gleiche Stufe gestellt werden.

In der Aussprache über den Antrag erklärte Abg. Rietz
Heidelberg namens der sozialdemokratischen Fraktion, diese
erwarte, daß auch in Baden die Disziplinarverfahren gegen
Eisenbahner, die sich an Streik beteiligt haben, im Rahmen
der von dem Reichsverkehrsminister bekannt gegebenen
Richtlinien erfolgen wird. Sollten wider Erwarten diese
Richtlinien in Baden nicht eingehalten werden, so werde die
soz. Fraktion die nötigen Schritte unternehmen.

Staatspräsident Dr. Hummel gab seiner Bewunderung
darüber Ausdruck, daß der Abg. Vod erklärt habe, der nächste
Kampf der Eisenbahner dürfe nicht allein das wirtschaftliche
Gebiet betreffen, sondern er müsse auf das politische Gebiet
hinausgerichtet werden. Da es sich dabei um den Umsturz
des Staates handle, werde die Regierung der nächsten Be-
wegung eine ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

Hierauf wurde der Antrag der Kommunisten und Un-
abhängigen mit allen gegen die fünf Stimmen der Antrag-
steller und bei zwei Stimmenthaltnungen der Abg. Wirth
(Soz.) und Großhans (Soz.) abgelehnt.

Hierauf wurde die Beratung des Justizgesetzes fortgesetzt.
Zunächst erhielt das Wort der Sprecher der Zentrumskon-
fession Abg. Rieger, der betonte, der Richter müsse alles tun,
um dem unbedingten Vorwurf der Majorität den Boden
zu entziehen. Er müsse sich aber auch auf den Boden
der heutigen Verfassung stellen und dürfe die Reichsgewalt
nicht öffentlich herabsetzen, denn dadurch untergrabe er seine
eigene Autorität. Bei der Zulassung der Frau zum juristi-
schen Beruf sei diese als Richter abzulehnen. Als Jugend-
richter und Fürsorgerrin sei die Frau vollständig am Platze.
Ob die Vermehrung des Laienelements der Rechtsprechung
nütze, sei zweifelhaft. Die Schaffung des Arbeitsgerichts
sei zu begrüßen und die Kaufmanns- und Gewerbegerichte
sollten den Amtsgerichten angegliedert werden. Die Forde-
rung der Erleichterung der Ehecheidung lehnte der Redner
ab und trat für die Unabhängigkeit und Unabsetzbarkeit des
Richters ein.

Nachmittags geht die Beratung weiter.

Nachmittagsitzung.

Karlsruhe, 26. April. In der Nachmittagsitzung am
Mittwoch setzte Abg. Rieger (Ztr.) seine Ausführungen zum
Justizetat fort und befaßte sich dabei besonders mit der
badischen Rechtspflege, wobei er sämtlichen im bad. Justiz-
dienst stehenden Personen volle Anerkennung für ihre Tä-
tigkeit zollte. Eine Vollstärkung der Rechtspflege hat nicht
stattgefunden. Redner übte Kritik, daß mit der Arbeit, die
die Justizbeamten geleistet haben, das Befehlsgesetz
nicht im Einklang steht; deshalb geht eine große Verstim-
mung durch die oberen und mittleren Kreise der Justiz-
beamten. Auf verschiedene Wünsche aus den Kreisen der
Justizbeamten eingehend, besprach der Redner auch die
Tätigkeit der Notare und ebenso verschiedene Wünsche der
Rechtsanwälte.

Für die demokratische Fraktion sprach Abg. Dr. Glöckner,
der der Vermehrung der Laienrichter zustimmte, ebenso
der Ausgestaltung der Arbeitsgerichte. Bei der Vorbildung
der Richter sollten die bisherigen Voraussetzungen beibe-
halten werden. Es sei selbstverständlich, daß der Richter
auf dem Boden der Reichsverfassung stehe. Was die Zulass-
ung der Frau zu dem Richteramt betrifft, so trete die demo-
kratische Fraktion für die volle Zulassung der Frauen hier-
zu ein. In der Praxis wird die Frau schon an jene Stel-
len kommen, für die sie geeignet ist. Eine Ueberfüllung des
juristischen Berufes durch die Frauen ist nicht zu befürchten.
In der Ehecheidungfrage gehen die Ansichten sehr weit
auseinander; die Scheidung einer Ehe sollte immer eine
Ausnahme bleiben. In der Aufrechterhaltung der zerstück-
elten Ehe besteht kein öffentliches Interesse.

Frau Abg. Dr. Bernasch (D. Vp.) wandte sich ebenfalls
gegen die Auffassung, daß bei uns eine Klassenjustiz her-
scheide. Die Zulassung der Frau zum Laienrichteramt werde
in weiten Kreisen der Frauen begrüßt. Es sei nicht ein-
zusehen, warum die Frau nicht auch Rechtsanwältin werden
sollte. Aber viele Kreise unserer Bevölkerung stehen der
Zulassung der Frau zum Richteramt noch ablehnend
gegenüber. Die Kulturaufgabe der Frau deckt sich nicht
nana mit der Gehalt des Richters. Darum kann ich mich

nicht für vollkommene Zulassung der Frau zum Richterberuf ausgesprochen. Die Frau wird nicht gewinnen, wenn die Ehecheidung erleichtert wird. Das Sanktionieren der Mädchen vor Verführung sollte vom 14. auf das 16. Lebensjahr heraufgehoben werden.

Auch der Redner der Deutschhannonten Abg. Spanemann, wandte sich gegen den Vorwurf der Klassenjustiz. Da andere Richter vielfach aus kleinen Verhältnissen hervorgegangen sind, kennen sie unser Volk genau. Die vielfachen Angriffe in bayerischen Blättern gegenüber der Tätigkeit bayerischer richterlicher Beamter in München bei der Verfolgung der Erzberger-Mörder und des Geheimbundes waren unangebracht. Wir hoffen nur, daß mit derselben Energie, mit der gegen die Erzbergermörder vorgegangen wird, auch diejenigen Kreise verfolgt werden, die auf den gewalttätigen Staatsumsturz hinarbeiten. Für die Zulassung der Frau zum Richterberuf nehmen wir einen ablehnenden Standpunkt ein. In der Frage der Ehecheidung gehen unsere Ansichten auseinander.

Hier wurde abgebrochen. Eingegangen war ein Antrag der weiblichen Abgeordneten sämtlicher Parteien, dahingehend, die Regierung möge bei der Reichsregierung auf Festigung der Stellung der unehelichen Kinder eintreten. Ferner ist von den Abgeordneten der Kommunisten und der Unabhängigen ein Antrag auf Unterstützung der streikenden Metallarbeiter aus laufenden Staatsmitteln eingegangen. Weiterberatung Donnerstag nachmittag.

Neue Eingänge im Landtag.

Während der Osterpause sind dem Landtag Gesuche in großer Zahl zugegangen. Darunter befindet sich ein Gesuch des Vereins Südwestdeutscher Zeitungsverleger betr. die Ausfuhr von Papierholz, ein solches des deutschen Hochschullehrers für Reibesübungen betr. die Förderung der Reibesübungen an den deutschen Hochschulen, ein Gesuch der ehemaligen Volkshilfsangehörigen der Städte mit Staatspolizei um Prüfung ihrer wirtschaftlichen Lage, weiter ein Gesuch des Allgemeinen Verbraucherbundes Bayern um vorbeugende Maßnahmen gegen zunehmende Verleumdung aller lebensnotwendigen Gegenstände, ein Gesuch des Vereins bayerischer Bürgermeister betr. die Zusammenziehung der Schlichtungsausschüsse für Gemeinde- und Körperlichkeitsbeamte, ein Gesuch der Agnaten der von Bodmanischen Familie betr. die Aufhebung des Sonderrechts der Stammgüter und Regelung der Abfindungsentschädigung. Weitere Gesuche haben die Drückkasseneinrichtung und die Besoldungsordnung zum Gegenstand, sowie einen Gesuchentwurf über die Main- und Donauwasserstraße.

Badische Politik.

Haushaltsausfluß des Badischen Landtags.
Die Preissteigerungen auf dem Baumarkt nötigten den Haushaltsausfluß, sofort bei Wiederannahme seiner Arbeiten am vorgestern, Montag nachmittags, die Bewilligung der Gelder für häusliche Wohnungen und sonstige Gebäude sowie die Vornahme von Reparaturen auszusprechen, wobei das hierzu benötigte Finanzvolumen erschienen ist. Dies geschah auch für den Straßenbau, sowie die Brückenausbesserungen, die für die nächsten zwei Jahre geplant sind. Jeder Monat, fast jede Woche verteuert das Bauen, so daß alle häuslichen Bauarbeiten rasch in Ansehung genommen werden müssen, will man den maßlosen Preissteigerungen auf dem Baumarkt einigermaßen vorbeugen. Bei dieser Gelegenheit wurde das Arbeitsministerium ersucht, eine Vereinfachung des Verfahrens für die Gewährung von Bauzuschüssen durchzuführen, soweit dies möglich ist. Es kommen auch Reichsvordrücken in Frage, will man dem Wunsche Rechnung tragen.

Badischer Städtebund.

Der erweiterte Ausschuss des Badischen Städtebundes (Verband der mittleren Städte Badens) taute am 22. d. M. in Karlsruhe. Unter anderem wurde zu folgenden Angelegenheiten Stellung genommen.

Der Entwurf eines Polizeigesetzes bestimmt, daß in den Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern die Bau- und Polizeipolizei von den städtischen Behörden verwaltet wird. Der Ausschuss verlangt, daß der Baupolizei der Gemeinden das Recht eingeräumt wird, gegen Entschädigungen, die gegen die gemeindlichen Interessen verstoßen, Einspruch zu erheben. Der Kostenverteilung des Entwurfs, wonach die Gemeinden, soweit die Polizei von städtischen Behörden verwaltet wird, acht Zehntel von dem Aufwand der Polizeibeamten der Staatskasse zu ersetzen haben, vermag der Ausschuss nicht zuzustimmen. Der Ausschuss hält ein hälftige Teilung dieser Kosten für angemessen. Daß die Gemeinden im übrigen die Kosten der Ortspolizei, soweit sie den Gemeinden verbleiben, ganz tragen sollen, ist nach Ansicht des Ausschusses bei der jetzigen Finanznot der Gemeinden ein Ding der Unmöglichkeit. Das Arbeitsministerium beabsichtigt, Ausführungsbestimmungen zu dem Reichsmietengesetz erlassen und hat um Stellungnahme zu den einzelnen in Betracht kommenden Fragen ersucht. Die Erfahrungen mit den Wohnungsverbänden werden eingehend ausgeführt. Eine reichere Erledigung des Verfahrens bei den Wohn-

ungsverbänden wird bei der jetzigen sprunghaften Preisentwicklung als dringend notwendig bezeichnet. Bezüglich des Fürsorgegesetzes wird Kenntnis genommen von dem Beschluß des Landtagsausschusses, daß an Stelle des Prämienverfahrens das Umlageverfahren treten soll, wie es seinerzeit vom Städtebund beantragt worden war. Im Umlageverfahren ist die Gleichstellung der Verjüngung der Gemeinbeamten mit derjenigen der Staatsbeamten auch weiterhin anzustreben. Die Kleinrentnerfürsorge bedarf nach Ansicht des Ausschusses einer grundsätzlich anderen Organisation. Es müßte diese Fürsorge entsprechend der Fürsorge für die Sozialrentner freier und großzügiger gestellt werden.

**** Karlsruhe, 25. April.** Die Abteilung für Salinen und Bergbau beim Ministerium der Finanzen veröffentlicht die Notariatsurkunden über die Bildung der Salinengewerkschaften in Oberbaden. Aus diesen Bekanntmachungen geht hervor, daß die eine der Gewerkschaften den Namen „Gewerkschaft Baden“ und die andere den Namen „Gewerkschaft Markgräfler“ erhalten hat.

Die Revision des Siefert-Prozesses findet am 2. Mai in Leipzig statt.

Baden und Nachbarstaaten.

Der bayerische Ministerpräsident in Karlsruhe.
Der bayerische Ministerpräsident, Graf Berchtold, begibt sich Ende dieser Woche zu einem Besuch der badischen Regierung nach Karlsruhe. Vorher wird er in Würzburg an der Landesversammlung der bayerischen Volkspartei teilnehmen. Graf Berchtold wird mit seinem Besuch in Karlsruhe auch eine Reise durch die Schweiz verbinden.

**** Mannheim, 25. April.** Ein Anschlag auf ein Bahngleis wurde letzter Tage auf der Rheinau verübt, indem auf dem Hochwasserdammgleis der Rheinaubahn ganz nahe bei der Barthelemy-Sprengstoff zur Entzündung gebracht wurde, der einen Sprengtrichter von einem halben Meter Tiefe verursachte. Auf die Ermittlung der Täter ist eine größere Belohnung ausgesetzt.

**** Freiburg, 25. April.** 24 deutsche Studenten aus dem rumanischen und serbischen Banat wollten auf einer Studienreise durch Süddeutschland in Freiburg, wo ihnen ein überaus herzlicher Empfang seitens der Studentenschaft der Geisteswissenschaften und des Bürgerturns zuteil wurde. Die Vorfahren der heutigen Banatensenden, die vor etwa 150 Jahren ausgewandert, haben mitten in ihrer slavischen Umgebung das Deutsche in Sprache und Kultur rein und hoch gehalten. Ihre Anwesenheit schloß in einem gemüthlichen Beisammensein, in er in höchstem Maße die Anteilnahme des deutschen Volkes an diesen Vorkämpfern des Deutschtums in der Welt zum Ausdruck kam.

Sigmaringen, 25. April. Das Fest zur Erinnerung an den heiligen Fidelis von Sigmaringen der vor 200 Jahren den Märtyrertod erlitt, nahm trotz der ungünstigen Witterung einen großartigen Verlauf. Am Samstag traf der Erzbischof von Freiburg und der Erzbischof von Neuron ein; sie sind Gäste des Fürsten von Hohenzollern. Am Sonntag hielt der Erzbischof von Freiburg die Festpredigt und Erzbischof Schuler vom Kloster Gengenbach das Pontifikalam. In der Festversammlung am Nachmittag, die sehr gut besucht war, hielt Bürgermeister Müller einen Lichtbildervortrag über das Leben und Wirken des heiligen Fidelis. Der Erzbischof von Freiburg sprach über die Autorität des Staates und der Kirche. Ferner sprachen Freiherr Stöcklin-Stöcklin und Domkapitular Dr. Reich-Freiburg. Am Montag predigte ein Kapuzinerpater aus Säckingen u. der Erzbischof von Freiburg hielt das Pontifikalam. Die Festprozession am Nachmittag, bei der der Erzbischof von Freiburg das Allerheiligste trug, war leider nicht von schönem Wetter begünstigt. Trotzdem war die Anteilnahme außerordentlich groß. Die beiden Erzbischöfe und das Fürstentum von Sigmaringen, sowie zahlreiche Geistliche der weiteren und näheren Umgebung nahmen daran teil. Heute wird ein feierliches Requiem abgehalten.

**** Säckingen, 25. April.** Aus Gram darüber, daß die Wohnungscommission die Mäntelung eines Teiles ihrer Wohnung verlangte, wollte sich eine alleinstehende Frau in der Schloßstraße, die ihren Mann schon im Felde verloren hat, durch Definieren des Gaszählers vergällen. Es gelang jedoch, die Frau noch rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

Aus Stadt und Bezirk.

Verlaß, 27. April. (Fortbildungsschule für Knaben und Mädchen.) Wir machen unsere Leser auch an dieser Stelle auf die im Anzeigenteil dieser Nummer enthaltene Bekanntmachung des Rektorats über den Beginn der Fortbildungsschule aufmerksam.

Die Not der Musiklehrer.

Man schreibt uns:

Die Revolution, die dem Notleidenden Besserung bringen wollte, hat für den Stand der Musiklehrer gerade das Gegenteil gebracht. Auch heute noch werden die Leistungen des geistigen Arbeiters maßlos unterschätzt gegenüber den Leistungen des Handarbeiters. Man beachtet nicht, wie viele Jahre eifrigen Studierens der Musiker braucht, bis er an die Öffentlichkeit tritt oder die Verantwortung für wirklich gelegenen Musikunterricht übernehmen kann; man beachtet nicht, wie viel Tausende er dafür ausgeben, ohne in dieser Zeit einen Pfennig verdienen zu können. Die Preise sind heute für Alles um das 30-40fache gestiegen und man bezahlt sie auch. Nur dem geistigen Arbeiter, besonders dem Musiklehrer, glaubt man eine entsprechende Erhöhung seines Honorars verweigern zu dürfen. Seine Lebensmittel, Holz, Kohlen, Licht und Miete muß er jedoch genau so teuer bezahlen wie jeder Beamte oder Arbeiter. In Friedenszeiten wurden für guten Unterricht 3-4 M. pro Stunde bezahlt, was heute mit 100 M. berechnet werden müßte. Tatsächlich aber wird in den meisten Fällen nur das 6-7fache des Friedenshonorars gefordert, 15-20 M., was einem Vorkriegspreis von 40-50 Pfennigen entsprechen würde. Und doch finden viele Leute auch diesen Preis noch unerhöht hoch.

Viele werden sagen: bei 8 Stunden Arbeitszeit verdient der Musiklehrer täglich 90-120 M. Es gibt jedoch nur wenige, bei denen die nötige Schülerzahl vorhanden ist, um täglich 8 Stunden unterrichten zu müssen. Aber auch in geandelterer Hinsicht ist es für einen Musiklehrer nicht geraten, den 8-Stundentag durchzuführen. Der kein Unterricht nicht nur seine Zeit verliert, sondern wirklich sein Verbie, so daß er verbraucht ungehener viel Geduld und Energie, so daß bei Durchführung des 8-Stundentags seine Nerven in wenigen Jahren vollständig versagen würden. Viele, die ihre Stunden nicht angemessen bezahlt bekommen, sind gezwungen, tagsüber einer anderen Beschäftigung nachzugehen und dann noch müdegearbeitet in den Abendstunden zu unterrichten. Gerade das sollte vermieden werden. Man bezahle den Musiker so, daß er leben kann und erhalte den Kindern einen guten Unterricht, der ihnen das Erbteil unserer guten alten Meister erschlößt. Wir wollen sprechen können mit Danks Sachs: Bergina das heilige römische Reich in Dummheit. Uns bliebe doch die heilige deutsche Kunst.

Ein Kurs über Verkehrsweisen.

Die Handelskammer Karlsruhe macht darauf aufmerksam, daß auf ihre Veranstaltung hin am 2. Mai d. J. bei der städtischen Handelsschule ein Abendkurs über „Verkehrsweisen“ beginnt. In dem Kurs werden allgemeine Verkehrsfragen, namentlich die Revisionen und Gütertarife, behandelt. Bei den immer häufiger werdenden Frachttarifen ist eine genaue Kenntnis der das Verkehrsleben betreffenden Bestimmungen dringend erforderlich. Der Kurs soll nicht nur für Handelschüler abgehalten werden, sondern er soll auch im Berufsleben tätigen Angehörigen Gelegenheit geben, sich mit den Verkehrsfragen und den Bestimmungen der Eisenbahntarife vertraut zu machen. Anmeldungen zum Kurse werden in der Kanzlei der städtischen Handelsschule, Jürl 22, entgegengenommen. Der Besuch des sachmännlich geleiteten Kurses kann nur empfohlen werden.

Umsatzsteuer.

Von zuständiger Seite mitgeteilt:
Der Reichstag hat die Novelle zum Umsatzsteuergesetz angenommen. Das Gesetz hat rückwirkende Kraft vom 1. Januar 1922 ab. Der Satz beträgt 2 Prozent. Die Ausfuhr durch den Fabrikanten untersteht, mag es sich um Gegenstände, die der allgemeinen Umsatzsteuer oder Körperschaftsteuer unterliegen, handeln, seit dem 1. Januar 1922 demselben Satz. Die ersten Umsätze nach der Einfuhr sind grundsätzlich steuerpflichtig, soweit es sich nicht um Gegenstände handelt, die sich auf der Freiliste befinden. Die Ausfuhrumsatzsteuerbestimmungen werden etwa Ende April im Zentralblatt für das Deutsche Reich veröffentlicht werden. Gleichzeitig werden sie in einer amtlichen Ausgabe veröffentlicht werden. Es wird im eigenen Interesse der Steuerpflichtigen daran, sich die neuen Ausführungsbestimmungen nach Erscheinen zu beschaffen. Gegenwärtig ist folgendes von besonderer Bedeutung: Die Novelle zum Umsatzsteuergesetz hat das System der vierteljährlichen Vorauszahlungen eingeführt. Die Regelung mußte in anderer Weise erfolgen als bei der Einkommensteuer, denn bei der Umsatzsteuer sind aus naheliegenden Gründen die im letzten Vierteljahr vereinnahmten Entgelte (getätigten Lieferungen) für die Höhe der Vorauszahlung maßgebend und nicht die Veranlagung für das Vorjahr. Die Steuerpflichtigen, bei denen der Steuerabgrenzung mehr als ein Vierteljahr beträgt, haben im Laufe des April in einer kurzen Voranmeldung den Gesamtbetrag der in den Monaten Januar, Februar und März 1922 vereinnahmten (eaeebenfalls der

Das Haus der Gnade.

Roman von Otfried v. Danstein.

(Nachdruck verboten.)

Wenn man die überrotten Waden des jungen Herrn nicht auf das Konto der plötzlichen Winterfälle setzen wollte und wenn man nicht wüßte, daß Tante Christine so etwas nicht tat, besonders bei zweimundzwanzigjährigen Nissen, so hätte man beim Anblick des Herrn Inspektors beim Abendessen auf ganz besondere Gedanken kommen können. Er hätte an jenem Abend Migräne und erschien nicht bei der Tafel.

Eines der vielen Mittel, die gegen Migräne verordnet werden und alle nicht helfen, ist aber Luftveränderung, und so reiste denn Erwin, von ihrer Mutter begleitet, am nächsten Tage nach Königsberg, um für die Wintermonate wieder in die Pension zurückzukehren.

Better Adolf, der, obwohl sonst ein äußerst friedlicher Mensch, stets, wenn es sich um Tante Christine oder Erwin handelte, seine Mut bekam, erzählte allerdings später Agnes, daß die Tante dazugekommen sei, wie Better Erwin die blonde Erwin hinter einer Scheune trotz der Winterkälte herabstieß abgefaßt und diese ganz stillgehalten habe.

Wieder hatte die Tante das Praktische erwogen und anstatt, wie sie zuerst wollte, den Adeliker kurzerhand fortzuschicken, jedes Aufsehen vermieden und lieber Erwin zur weiteren Vervollendung ihrer gesellschaftlichen Bildung auf einige Monate in das Pensionat gesteckt. So kam Erwin mit einer ordentlichen Kopfschmerzen davon.

Im übrigen ging das Leben seinen ruhigen Gang weiter und auch die Spaziergänge, die Agnes sonst mit Better Adolf unternommen, mußten wegen des hohen Schnees, der seit Wochen alles in sein Winterkleid hüllte, unterbleiben.

Nun kam für Agnes eine Zeit des Rückschlages. Solange sie draußen im Freien ihren Blicken nachging, hatte sie weniger Zeit gehabt, über ihr Gesicht nachzudenken und mit aller Energie wußte sie auch allen Gräueltaten aus. Sie war

ja fest entschlossen, den neuen Lebensweg zu gehen, und häuete sich vor jedem Rückblick in die Vergangenheit.

Jetzt aber war sie an das Haus gefesselt. Ihre Tätigkeit, denn auf dem Gute ging alles nach dem Uhrwerk, das Tante Christine aufzog, und niemand mischte sich in des anderen Angelegenheiten, war jetzt eine viel geringere und so blieb ihr Zeit genug, am Fenster zu sitzen und irgendeine Handarbeit vorzunehmen. Sie haßte diese mechanischen Verrichtungen, bei denen der Geist so bequem an ganz andere Dinge denken konnte. Oft kam dann ihre Hand in den Schoß und sie schaute hinaus in die Winterlandschaft. Quers war ihr der Anblick wie ein herrliches Wunder erschienen.

Die Bäume des alten Parks, der das Herrenhaus umgab, waren vom Raufreif in weißsprangende Zauberfiguren verwandelt und an die dünnen Äste der niederen Sträucher hatte er in unendlich garten Eisnadeln und Kristallen wunderbare Winterblumen geschaffen.

Die schwarzen, niedrigen, häßlichen Dächer der Scheunen und Ställe glänzten in strahlender Weiße und wie gewaltige Niesenbärte hingen die Eiszapfen von den Simsen und Türbänken. Aus dem schmutzigen Komposthaufen war ein leuchtender Hügel von purem Streuzucker geworden und die in grobe Sackleinwand eingehüllte Lokomobile daneben sah aus wie ein vorweltliches Ungeheuer mit schneeigem Fell und lang herunterhängenden Eisfischeln.

Davor aber dehnte sich die erstarrte weite Fläche des Spiridings, die aber nicht als flanke, glatte Fläche erschien. Die Winterstürme hatten das Wasser emporgepeitscht, grüne Schollen über schongefrorene Strecken getürmt und so erlähnt der See wie eine wilde, feine Gletschermoräne, und die Schlittschuhläufer, die den Weg nach Nikolaiten, dessen nadelspitzer Kirchturm von jenseits herübergrüßte, über den See wagen, mußten in Blizadlinien einen ebenen Pfad suchen.

Als Agnes zuerst an einem sonnenhellen Morgen von ihrer Kammer aus diesen Anblick erfaßte, hatte sie laut aufgeschrien, so herrlich erschien ihr das blühende Winterfeld, das Mahrens düster melancholische Wälder in hellleuchtende Farben tauchte. Als aber Tag auf Tag verina,

verblüht der poetische Zauber und es war ihr, als dede ein einziges, rieliges Leichenfeld die ganze Natur zu. Sie hatte ja nie geahnt, was ein Winter auf dem Lande, in einem von der Welt so gut wie abgeschnittenen Ortshof bedeutet.

Fast meterhoch lag überall der Schnee und wenn auch täglich durch den von der Verden gezogenen großen Schneepflug wenigstens die Bahn für den Schlitten bis zur Fährde von Bierba geäubert wurde, so hatten doch die scharfen Winde, die fast ununterbrochen über den Spiridings strichen, sie in wenigen Stunden wieder verweht.

Auch auf dem Gutshof lag der dicke Schnee so hoch, daß nur einzelne schmale Wege zu den Stalltären freigehalten wurden. Das Leben ruhte fast völlig und nur in den Scheunen war man noch mit dem Dreifchen beschäftigt, sowie mit anderen kleinen Winterarbeiten, die sich im Innern der Gebäude vornehmen ließen.

Die Arbeiterfamilien verzogen sich in ihre Insthäuser und niemand, der es nicht dringend nötig hatte, setzte sich dem eifigen Ohmwind aus.

Und doch hatte Agnes das Gefühl, daß auch ein solcher Winter in seiner Abgechiedenheit gemüthlich sein könne. Ein einziges Mal hatte sie Tante Christine auf einem Besuch auf einen ziemlich weit entfernten Nachbargut begleitet. Da hausten drei unverheiratete Brüder mit drei Schwestern und diese sechs übernahmen sich um eine hochbetagte vornehm glatte Mutter. Hier herrschte eine völlige Harmonie des Familienlebens und Agnes hatte die Überzeugung, daß in diesem Kreise auch die Abgechiedenheit des Winters kein Gefühl der Einsamkeit aufkommen lassen könne.

Aber wie sah es in Bönzowen aus! Nun erst erkannte sie die trostlose Herzenstüte, die hier heimlich war und ihr junges, warmes Herz wollte zusammenbrechen in bitterer Sehnsucht nach ihrem verlorenen Paradies. Tante Christine sah in ihrem Stübchen und berechnete die Bilanz des vergangenen Jahres, Adolf und Erwin befanden sich irgendwo in den Ställen zur Beaufsichtigung der Winterarbeit und der Herr des Hauses hatte seiner Einberufung als Geschäftsvorener zur Geschäftperiode in Bad mit großer Freude als willkommene Abwechslung Folge geleistet. (Fortsetzung folgt.)

für die bewirkten Leistungen vereinbarten) Entgelte, soweit sie nach dem Umsatzsteuergesetz steuerpflichtig sind, anzugeben. Gleichzeitig mit der Abgabe der Voranmeldung hat eine entsprechende Vorauszahlung (2 Prozent dieses Betrages) zu erfolgen. Diese Verpflichtung gilt zunächst nicht für diejenigen Berufe, in denen die Umsatzsteuer pauschaliert ist (Banken, Rechtsanwälte, Notare usw.). Haben Steuerpflichtige in den abgelaufenen drei Monaten einen Umsatz von nicht mehr als 5000 Mk. gehabt, so wird ihnen nachgelassen, die entsprechende Vorauszahlung erst zusammen mit der nächsten Vorauszahlung zu leisten. Die im übrigen nicht rechtzeitig, d. h. innerhalb des Monats April, eingehenden Vorauszahlungen werden ohne weiteres im Zwangswege beigetrieben, wobei, wenn auch keine Voranmeldung abgegeben ist, die Vorauszahlungen mindestens auf ein Viertel der für das vorangegangene Kalenderjahr geschuldeten Steuer berechnet werden. Die Vorauszahlungen werden auf die nach der Erklärung im Januar 1923 zu veranlagende Umsatzsteuer verrechnet. Sollte sich bei der endgültigen Veranlagung ergeben, daß der Gesamtbetrag der Vorauszahlungen um mehr als 20 vom Hundert hinter der Veranlagung zurückbleibt, so erhöht sich die Steuer um 10 vom Hundert dieses überschüssigen Betrages.

Die deutsche Jugend wird einzig und allein zur Revanche erzogen.

Von Herbert Debantier.

Unter dieser Ueberschrift bringt das Pariser Blatt "Leclair" einen Aufsatz, der das allerproteste Mittel des "Haltet den Dieb"-Schreies benützt, um seinen Lesern die französischen Gesetzesvorlagen über die Sportpflicht schmackhaft zu machen, die ganz einseitig auf militärische Zwecke gerichtet sind. Der Verfasser erzählt zunächst von dem geistigen Mützgen, mit dem die deutsche Jugend in den Schulen versehen wird, um gegen den Versailles Frieden zu kämpfen. Jedem Schüler wird ein Heftchen über den Friedensvertrag ausgehändigt, betitelt: "Versailles, Auskunst für das deutsche Volk über den Weltfrieden!" Ferner werden die Kinder in die aller Orten eingerichteten Ausstellungen über den Versailles Vertrag geführt und ihnen hier an Hand von "Lügentalen" durch die Lehrer eingepflichtet, daß es Pflicht jedes guten Deutschen sei, sich den Folgen des Vertrages zu entziehen.

Diese zielbewußte geistige Erziehung werde aber durch die Planmäßigkeit der körperlichen noch übertroffen.

Ein "Reichsausschuß für Leibesübungen", dem eine Hochschule angegliedert sei, habe die Aufgabe, die Mitglieder der Turn- und Sportverbände zusammen mit Schülern und Studenten körperlich auszubilden und wehrhaft zu machen. Die Ausbildung sei eine rein militärische und bestehe hauptsächlich aus "Gewandmärschen, Kartenlesen, Geländekunde, Entfernungsschätzen u. a." Zwischen der Reichswehr, deren Angehörigen der Eintritt in die bürgerlichen Vereine gestattet sei, den Leibesübungen treibenden Verbänden und der Lehrerschaft bestehe eine enge Zusammenarbeit. Die Lehrer seien mit der körperlichen Erziehung in den Schulen beauftragt, während innerhalb der freien Vereine Sportlehrer aus den Reihen des ehemaligen Offizierkorps tätig seien. Die Universitäten und Hochschulen seien gleichfalls von verabschiedeten Offizieren überwacht, die hier lediglich ihre Kommissionen ausbilden und militärisch organisieren. Eine genaue Uebersicht über die Studentenzahl einzelner Universitäten, wie Berlin, Marburg, Göttingen, Würzburg usw. mit den gleichfalls immatrikulierten ehemaligen Offizieren weiß z. B. zu berichten, daß in Berlin auf 14 500 Studenten 280 früher aktive und 350 Reserveoffiziere kommen.

Beschäftigen wir uns mit diesem "belasteten Material" etwas genauer, so besteht zwar über den gewaltigen Aufschwung der deutschen Sportbewegung und dem Strom zu den Vereinen aller Art nach dem Kriege kein Zweifel. Allmonatlich tummeln sich Tausende von Jungen und Mädchen auf den Sportplätzen, turnen und spielen, wandern und rudern und suchen in der freien Natur bei Luft und Sonne ein Gegenmittel gegen die ungelunden Großstadtverhältnisse. Der eine freie Tag der Woche, während der sie bei völlig unzureichender körperlicher Betätigung fast ganz geistig beschäftigt sind, soll ihnen Kräftigung ihres Körpers bringen. Ihres Körpers, der geschwächt ist in den Kriegsjahren durch Unterernährung und Mangel an so vielem, was den in der Entwicklung stehenden jungen Menschen nottut. In der Schule ist nicht einmal die dritte Turnstunde in der Woche durchgeführt, geschweige denn die tägliche.

Den Reichswehr-Angehörigen ist die Mitgliedschaft in den freien Turn-, Spiel- und Sportvereinen nicht gestattet. Sie werden nicht einmal zu den öffentlichen Wettkämpfen zugelassen. Gewiß ist die Zahl der ehemaligen Offiziere an den deutschen Universitäten groß, aber diese Erscheinung wird in etwa 1-2 Jahren verschwinden, da diese dann nach Beendigung ihres Studiums in die neugewählten Berufe getreten sind. Wer einerseits die schwierige, zum großen Teil sogar trostlose wirtschaftliche Lage unserer Studentenschaft kennt, wer andererseits gesehen hat, mit welchem rastlosen Eifer an unseren Hochschulen gearbeitet wird, wie mancher über dem Streben, sein Studium zu beenden, fast ganz verliert, daß er auch einen Körper hat, der weiß, welche unmögliche Behauptung da aufgestellt wird.

Aber nicht nur die gar nicht vorhandenen militärischen Ziele liegen unserer Sportbewegung fern, auch die hygienischen Wünsche ihrer Führer sind noch unerfüllt. Es fehlt an der notwendigen Spielplatzfläche für die schon jetzt Turn- und Sporttreibenden, die wenigen vorhandenen Schwimmbäder reichen keineswegs für den Gebrauchsbedarf der Bevölkerung aus, und die Zahl der vorhandenen Lehrkräfte und Übungsleiter müßte um ein vielfaches vermehrt werden, wenn die körperliche Erziehung den ihr aus pädagogischen und humanitären Gründen gebührenden Rang in der Gesamterziehung einnehmen soll.

Die breite Öffentlichkeit steht der körperkulturellen Bewegung, von der sie meist nur die äußere Schale, nicht

aber den inneren Kern sieht, verständnislos, leider oft feindselig gegenüber. Irgendwelche Übungen militärischer Art werden überhaupt nicht getrieben. Wer den einfachsten Ordnung- und Laufübungen einen militärischen Charakter zusprechen will, der ist entweder ein militärischer Laie oder er tut es zu irgend einem Zwecke wider eigenes besseres Wissen. An der Deutschen Hochschule für Leibesübungen studieren genug Ausländer, sie wird dauernd von Ausländern besucht und besichtigt; noch nie konnte einer eine Leistungsform nachweisen, die wirklichen militärischen Charakter hatte.

Reich, Staat und Gemeinden fördern aus Mangel an Mitteln die Bewegung nicht in dem Maße, wie es dieser Gesundheitsquelle zuzufommen müßte. Statt jeder möglichen Unterstützung werden die geringen Einnahmen der zur Selbsthilfe greifenden Vereine durch Steuern aller Art noch verkleinert, wird die freiwillige Arbeit der ehrenamtlichen Leiter durch behördliche Anordnungen noch erschwert. Erst wenn die berechtigten Wünsche der Leibesübungen treibenden Verbände restlos erfüllt sind, kann Turnen und Sport den gesundheitlichen Nutzen bringen, den alle Einseitigen davon erhoffen. Die deutsche Jugend aber wird sich auch durch derartige entstellende Nachrichten nicht davon abhalten lassen, weiterhin zahlreich den Leibesübungen treibenden Verbänden zuzutreten und wird hier sehen, daß Turnen, Spiel und Sport nicht der Korporal, sondern der Arzt am Lager des frankten deutschen Volkes ist.

Vermischtes.

Mehr als 50 Personen haben sich bereit erklärt, Strecken ihrer Haut zu opfern, um vier Mädchen, die bei einer Explosion in Dudley schwer verletzt wurden, vor dauernder Entstellung zu bewahren. Der erste, der sich opferte, war ein Geisteskranker, dem Streifen von 8 Zoll Länge und mehr als 2 Zoll Breite von der Haut seiner Schenkel abgenommen wurden. Nach der Operation brauchte er nur kurze Zeit zu liegen, bevor er wieder seinem Beruf nachging. Aber auch die Haut von Frauen war notwendig, und unter den zahlreichen, die sich anboten, wurde eine junge Dame ausgewählt deren Opfer zusammen mit dem des Geistlichen genügen wird, um die Hautübertragung bei den vier Mädchen vorzunehmen.

11 Wochen eingeschlossen im Eis des Rigaer Meerbusens.

Die Befreiung von vier deutschen Dampfern durch das Linien Schiff "Hannover".

Der in diesem Jahre besonders harte Nachwinter hat unserer neu erwerbenden jungen Reichsmarine erste Gelegenheiten geboten, in friedliche, aber doch Mut, Umsicht und Disziplin erfordernde Aktion zu treten. Es handelt sich um die Befreiung von vier im Eis des Rigaer Meerbusens eingeschlossenen deutschen Dampfern. Bereits Ende Januar hatte der kleine Kreuzer "Medusa" eine Unternehmung nach dem im Eis festliegenden Schiffen gemacht, konnte aber nur zwei dänische Dampfer befreien und die deutschen Schiffe mit Proviant versorgen. So entschloß sich die Marineleitung, das Linien Schiff "Hannover" zur Befreiung der vier deutschen Dampfer zu beordern. Wenn auch die Ausfahrten des Linien Schiffes "Hannover" für den Erfolg des Unternehmens von vornherein mitbedacht, auf Grund der erheblichen Maschinenkraft und des schweren Rammkopfes bedeutend größer waren, als es bei dem kleinen Kreuzer "Medusa" der Fall war, so konnte bei der schwierigen Lage der vier Dampfer, die in meterhohem Packeis festsaßen und in händiger Gefahr schwebten, von den in Bewegung befindlichen Eismassen zerdrückt zu werden, nur umsichtige und energische Tatkraft des Kommandanten Kap. a. S. E. S. u. l. z. und zähe Ausdauer von Offizieren und Mannschaften die Expedition zu einem schnellen und erfolgreichen Ende führen.

Am 23. März verließ die "Hannover" Kiel. Bereits am 27. März, nachmittags 4 Uhr, hatte sie sich durch teilweise mehr als 15 Meter dickes Kerneis den Weg zu den ersten beiden der festgelassenen Dampfern gebahnt. Es waren die Dampfer "Martha Ruf" und, vier Seemeilen weiterliegend, der Dampfer "Rudolf". In Sichtweite lag der dritte Dampfer "Albis" und bei einsetzender Dunkelheit verrieten in SEW. aufsteigende Raufen auch den Liegeplatz des vierten Dampfers "Wilhelm Ruf".

Alle vier Dampfer werden direkt oder über das Eis hinweg mit Proviant versehen und erhalten Signale, um schnellste Nachrichtenverbindung zu gewährleisten. Das Eintreten von Westwinden untertrieb die energischen Eisbrecherdienst der "Hannover" und bereits am 31. März kann das Geschwader der vier deutschen Dampfer im Kielwasser der "Hannover" seine Heimreise antreten und am 1. April bei Vorpommern glücklich ankommen.

Alle Mitglieder der deutschen Dampferbesatzung, die durch das unerhörte und tatkräftige Eingreifen der "Hannover" aus lebensgefährlicher, entbehrungsreicher Gefangenschaft im Packeis befreit wurden, haben die rücksichtslose Einsetzung der "Hannover" und Befreiung der "Hannover" freudig und dankbar empfunden. Das geht auch aus einer Schilderung hervor, die der Führer der "Albis", Kap. Rüde, in der Steiner "Disezeitung" vom 6. April gibt. Der Kapitän der "Albis" schreibt über die schweren Wochen seiner Gefangenschaft:

"Ende Januar erkrankte der kleine Kreuzer "Medusa"; es gelang ihm jedoch nur, zwei dänische Dampfer frei zu machen. Erneute heftige Stürme zwangen die "Medusa" zur Einstellung ihrer Arbeit. Zwar kehrte sie nach acht Tagen wieder, doch war ein Vordringen in das feste Eis für sie ausgeschlossen. So rüdete der Kreuzer uns in mehreren Schifffahrtsexpeditionen wenigstens mit Proviant für längere Zeit aus; in dreitägigen, unbehaglich mühseligen Klettern über das Eis erreichten uns die Kameraden von der Marine, und wir können gar nicht genug anerkennen, was sie geleistet haben.

Die gefährlichste Zeit für uns begann um die Mitte des Februar, als schwere Westwinde unser Schiff immer weiter ostwärts bis über die Insel Rügen hinaustrrieben. Offene Stellen im Packeis veranlaßten heftige Prellungen. Abschnitten von aller Welt, ohne jede Möglichkeit, Nachricht von unserem Standort zu geben, trieben wir vier Wochen lang in diesem minnerverfügen Gebiete umher und hörten oft mit stillem Schauern nach fern Minen explodieren. Zudem wurden unsere Lebensmittel wieder knapp, und schon konnten wir ziemlich genau den Zeitpunkt berechnen, wann wir den Vorratsraum leer sehen müßten. Freilich halfen sich alle in diesem Eisfeld eingeschlossenen Schiffe gegenseitig aus, aber es konnte nur Hilfe auf wenige Tage sein.

Die Not hier auf höchster Stufe — da riß uns ein schwerer Sturm wieder in die Nähe der lettischen Küste bis auf 16 Seemeilen vom Mesaragoffen. Nun brachen der erste Offizier und ein Matrose auf, um an Land Lebensmittel aufzutreiben. Zwei Tage und eine Nacht mußten die beiden ununterbrochen marschieren; hätten sie trotz der Ermüdung gewagt, bei 14 Grad Kälte zu ruhen, es wäre ihre sicherer Tod gewesen. Mit äußerster Anstrengung erreichten sie endlich das Dorf Marzafanen, dessen Bewohner sich sofort zur Hilfe bereit erklärten.

Eine neue Schwierigkeit schien das Boaris bereiten zu wollen: es bildeten sich immer größer werdende offene Stellen im Eis. Aber es galt, Menschenleben zu retten. So schleppten die braven Fischer dem ein Boot mit über die getürmten Eishüllen, mit dem man die offenen Stellen überquerte. In unendlich mühseligem Kampfe mit den natürlichen Hindernissen gelangte die Proviantkolonne schließlich an unsere "Albis", freudig von uns begrüßt; hatten wir doch unsere beiden Kameraden schon aufgeben zu müssen geglaubt. Leider waren einigen unserer waderen Helfer unterwegs die Füße abgefroren, so daß außer den mitgebrachten Lebensmitteln auch sie noch getrauen werden mußten, sollten sie nicht elend erstarren.

Unerwartete Hilfe sollte uns noch von anderer Seite kommen. Von Riga waren Flieger entsandt worden, da seit Wochen jede Nachricht von den im Eis eingeschlossenen Schiffen ausgeblieben war. Die Flugzeuge kehrten jedoch von ihrer Streife mit der Meldung zurück, sie konnten von den Schiffen nichts entdecken. Auf Veranlassung der Rigaer Kaufmannschaft wurden dann aber nach zwei Tagen nochmals Flieger entsandt, die nun drei Schiffe fanden. Diese konnten Auskunft über den Standort der "Albis" geben, die sechs Seemeilen weiter nördlich im Eis lag. Die Flieger brachten uns Brot und andere Lebensmittel und die lange entbehrten deutschen Zeitungen.

Der 27. März sollte uns endlich Rettung bringen: das Linien Schiff "Hannover" erschien, und wirklich gelang es dem harten Schiff, alle vier eingeschlossenen Dampfer nacheinander zu befreien. Nur dem Eintreffen der "Hannover" haben wir es zu verdanken, daß wir aus dem Eisgefängnis erlöst wurden, in dem wir elf lange Wochen gelitten hatten. In dem außerordentlich harten Eis, das immer noch im Rigaer Meerbusen lag, hätten wir sicher bis Anfang Mai sitzen können — vorausgesetzt, daß unsere wadere "Albis" nicht vorher zerdrückt worden wäre. Der tatkräftigen Hilfe der "Hannover" verbleibt unser herzlichster Dank. Unermüdet waren ihr Kommandant, Offiziere und Mannschaften von morgens um 6 bis nachts 1 Uhr bemüht, die Schiffe einzeln aus dem Eis zu holen. Und das war ein schweres Stück Arbeit; denn die heftigen Westwinde schoben das Eis so kräftig vor sich her, daß die Dampfer im Kielwasser der "Hannover" immer wieder fest gerieten. Jedes Mal, wenn das Linien Schiff ein Stück mit einem Dampfer vorwärts gekommen war, sah ein anderer schon wieder fest, rief um Hilfe und mußte von neuem befreit werden.

Nach möchte nicht unerwähnt lassen, daß die Lebensmitteltransporte über das Eis seitens der Fischer natürlich nicht umsonst waren. So kostete der eine über 8000 Mk., ein anderer über 6000 Mk. — Zeichen der Zeit."

Stille aber harte Arbeit hat unsere junge Reichsmarine bei diesem Unternehmen geleistet und den Beweis erbracht, daß nicht nur seemannschaftliches Können und unerlöschende Tapferkeit bei ihr an Bord heimisch sind, sondern daß sie auch ihre vornehmste Aufgabe, der deutschen Handelschiffahrt Schutz und Hilfe zu sein, voll erkannt hat.

Letzte Drahtnachrichten.

Berlin, 27. April.

Der König von Schweden erlitt auf dem Wege zwischen Rizza und Genf einen Autounfall. Das Auto eines Genfer Bankiers suchte den Wagen des Königs zu überholen, geriet dabei aber mit dem anderen Wagen zusammen und riß vom königlichen Auto ein Bordrad fort. Der König erlitt einige leichtere Verletzungen, einer seiner Begleiter sehr schwere.

Genua, 27. April.

Der deutsche Delegierte, Reichsbankpräsident Hoesenfeldt, kehrt, da die Arbeiten der Finanzkommission beendet sind, heute nach Berlin zurück.

Genua, 27. April.

In englischen Kreisen glaubt man, daß Lloyd George beabsichtigt, seinen Aufenthalt in Genua bis auf den 10. Mai zu verlängern. Er werde den Weltfrieden zu Ende führen, eventuell auch ohne Mitwirkung Frankreichs. Man rechne mit einer zehnjährigen Geltungsdauer.

Genua, 27. April.

Die Vertreter der neutralen Staaten begaben sich Mittwochs nachmittags zum italienischen Außenminister Schanzer und befragten ihn über die Absichten der 5 einladenden Staaten. Schanzer erklärte, es sei nicht beabsichtigt, ein Ultimatum an Rußland zu richten. Er glaubt, daß noch eine Einigung zustande kommt.

Genua, 27. April.

Lloyd George hat die Absicht geäußert, die Einberufung des Obersten Rates nach Genua zu verlangen, um die Frage der Gültigkeit des Vertrages von Rapallo in Bezug auf den Versailles Friedensvertrag zu unteruchen. Poincaré soll aus diesem Grunde nochmals nach Genua eingeladen werden.

Pfeiffer & Dillers
Kaffee-Essenz
von Alters her in jedem feinen Hause,
in dem man einen guten Kaffee hocht!
In Originalkoffeln
u. Silberpaketen
zu haben in den
Geschäften.

Der Mantel für den allgemeinen Bedarf.

Nr. 575.



Frauen, die rechnen müssen, werden ihre Gunst immer wieder dem Mantel zuwenden. Er ist das "Mädchen für alles", deckt liebevoll selbst das nicht mehr ganz einwandfreie Kleid und steht dennoch stets nett und angezogen aus. Für alle Gelegenheiten geeignet, für Reisen unentbehrlich, ein wahrer Ausbund an Eleganz, kann er durch allerlei zierliches Drum und Dran (nette Gürtel, Stulereien, schöne Knöpfe) auch originell oder interessant gestaltet werden. Wer an Stoff sparen will, wählt ihn wie unser feines Modell 19568, dreiviertellang und legt um die Taille einen durch Metallspangen gezogenen schmalen Lederbügel. Zu dem sanftfarbenen Mantelstoff bestand die Garnitur aus bogig gelegten Stoffröllchen, die sich als Halbmonde auf dem Kragen wiederholten. Favorit-Schnitt 19568 der Internationalen Schnittmanufaktur, Dresden-N. 8, in 80, 84, 88, 92, 96, 104, 112 cm Oberweite zu 7 Mk. vorrätig.

